

VEB in Privateigentum?

SPIEGEL/ZDF-Umfrage in der DDR (II) – Die Volksmeinung über Politiker, Parteien und Perspektiven

Ginge es nach den 11 Millionen DDR-Bürgern, die kein Parteibuch der SED haben, dann würde die einst allmächtige Staats- zur Splitterpartei, die weder in der Regierung gebraucht noch in der Opposition beachtet würde:

Nur 5 Prozent dieser parteilosen Mehrheit (zu der auch die relativ wenigen „Blockpartei“-Mitglieder gezählt werden) würden die von Honecker und Genossen in den Abgrund geführte Partei wählen.

Das ergab die SPIEGEL/ZDF-Umfrage, die das Soziologie-Institut der DDR-Akademie der Wissenschaften vom 1. bis 8. Dezember durchführte. Es war die erste repräsentative DDR-Umfrage in westlichem Auftrag.

Die SED kann nicht mal der Kreuze auf den Stimmzetteln der 1,7 von früher 2,3 Millionen eigenen Genossen sicher sein, die ihr in der ersten Dezemberhälfte noch verblieben waren. Nur gut die Hälfte (57 Prozent) ihrer Mitglieder würde sie derzeit wählen.

Diese Daten zählte das Bielefelder Emnid-Institut aus, das mit den Ost-Berliner Akademie-Wissenschaftlern eng kooperierte. Die Emnid-Demoskopen halfen in Ost-Berlin den Fragebogen zu entwickeln, druckten ihn in Bielefeld, erhielten ein Datenband mit den Ergebnissen und gliederten sie nach etlichen Teilgruppen aus, insbesondere nach der politischen Einstellung, dem Alter und den Berufsgruppen der Befragten.

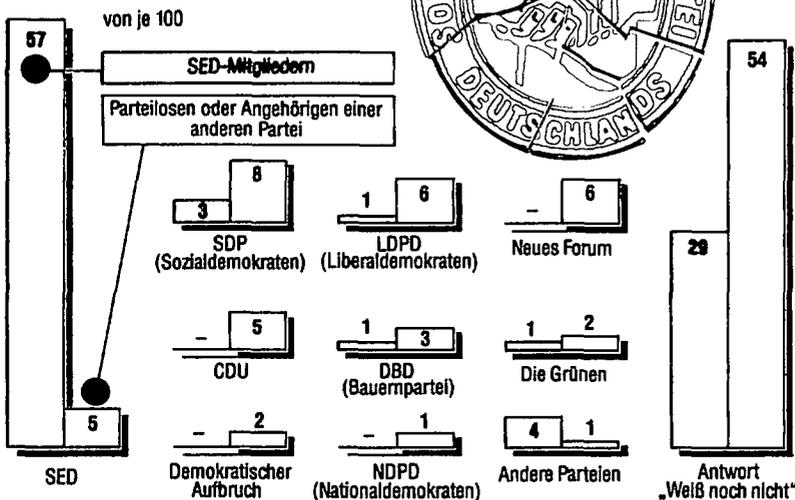
Schon das im vorigen Heft veröffentlichte Gesamtergebnis von lediglich 17 Prozent für die SED entsprach nicht den Erwartungen der neuen Spitzen dieser Partei. Regierungschef Modrow zum Beispiel hatte in einem SPIEGEL-Gespräch 20 Prozent genannt.

Dabei sind sogar 17 Prozent eine noch zu hohe Zahl, denn unter den 1032 Befragten waren mehr SED-Mitglieder als deren Anteil an der Bevölkerung entsprach (23 statt 13 Prozent). In dieser Hinsicht genügte diese erste DDR-weite Umfrage des Akademie-Instituts noch nicht dem westlichen Standard. Werden die Antworten der SED-Mitglieder repräsentativ gewichtet (was Emnid tat), so bleiben nur 12 Prozent übrig.

Ungewöhnlich hoch ist nach westlichen Maßstäben mit 53 Prozent die Zahl derer, die sich auf die Frage, wel-

OHNE IHRE GENOSSEN WÜRDEN DIE SED ZUR SPLITTERPARTEI

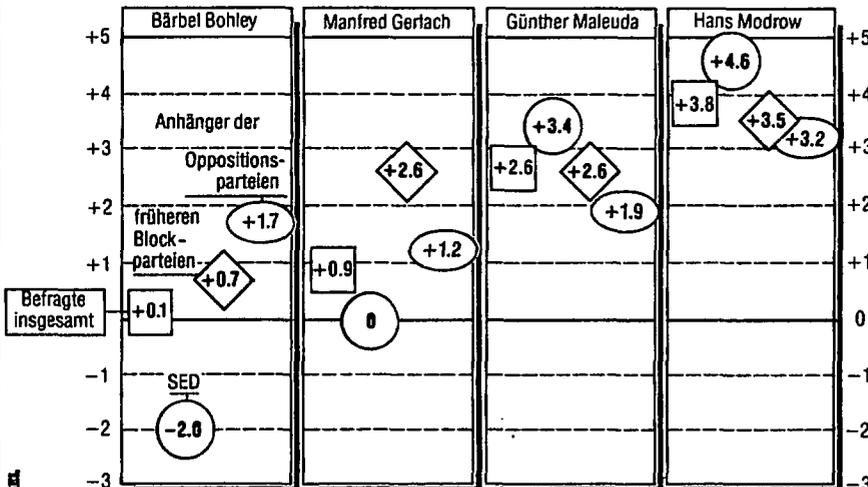
Das Bielefelder Emnid-Institut schlüsselte die Ergebnisse der Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn . . .?“) auf: für die Minderheit der Bevölkerung (13 Prozent), die Mitglied der SED ist und für die Mehrheit (87 Prozent), die keiner oder einer anderen Partei angehört. Das Ergebnis: Es würden wählen



BÄRBEL BOHLEY BEI SED-ANHÄNGERN IM MINUS

Als das Ost-Berliner Akademie-Institut die 1000 in der DDR repräsentativ Befragten bat, ihre Sympathien für führende Politiker anhand einer Skala von +5 bis -5 anzuzeigen, ergaben sich je nach der eigenen politischen Einstellung unter-

schiedliche Durchschnittswerte. Sie sind allerdings nur vergleichbar bei Politikern, die zur Zeit der Umfrage (1. bis 8. Dezember) den meisten Befragten bekannt waren. Die Durchschnittswerte:



„Unbekannt“ waren zur Zeit der Umfrage Modrow keinem Befragten, Maleuda 7 Prozent, Gerlach 6 Prozent, Bohley 14 Prozent. Nicht in dieser Grafik: Barghofer (zur Zeit

der Umfrage „unbekannt“ 33 Prozent), Eppelmann (48 Prozent), de Maizière (44 Prozent), Hartmann (63 Prozent), Böhme (76 Prozent)

SOUVERÄNE DDR AUF WESTKURS? Drei Fragen des Akademie-Instituts galten der deutsch-deutschen Zukunft.

Auf die Frage, ob es weiterhin zwei deutsche Staaten geben soll, antworteten (in Prozent):

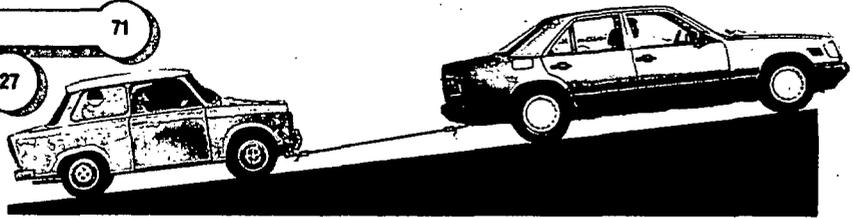
„Die DDR soll ein souveräner Staat bleiben“

71

„Die DDR soll mit der BRD einen gemeinsamen Staat bilden“

27

Für die DDR weiterhin als selbständigen Staat sprechen sich 93 Prozent der SED-Anhänger, aber auch mehr als 50 Prozent der Anhänger der früheren Block- und der neuen Oppositionsparteien aus.



Wirtschaft à la BRD?

Die zweite Frage war, welches Wirtschaftssystem am besten geeignet sei, in der DDR „eine grundlegende Verbesserung“ zu bringen.

Das Ergebnis:

	Befragte insgesamt	Anhänger der SED	Anhänger der früheren Blockparteien	Anhänger der neuen Oppositionsparteien
„Ein gründlich reformiertes sozialistisches Wirtschaftssystem“	60	94	47	34
„Ein Wirtschaftssystem ähnlich wie in der BRD“	38	6	53	63

Knapp die Hälfte erwartet Staatenbund

Schließlich wurden die Befragten um eine Prognose gebeten: „Wie wird die Zukunft der DDR und der BRD in zehn Jahren aussehen?“

Das Ergebnis:

	Befragte insgesamt	Anhänger der SED	Anhänger der früheren Blockparteien	Anhänger der neuen Oppositionsparteien
„Gemeinsamer Staat“	20	5	31	31
„Staatenbund der DDR und der BRD“	44	38	54	46
„Zwei souveräne Staaten“	22	42	13	14

che Partei sie wählen würden, für die Antwort „Weiß ich noch nicht“ entschieden oder gar keine Angaben machten.

In der aufgewühlten, schnellebigen DDR können sich die meisten noch gar kein Urteil gebildet haben – wenige Wochen nach der friedlichen Revolution und fünf Monate vor der Wahl am 6. Mai, bei der Parteien antreten werden, die es erst seit kurzem oder noch gar nicht gibt, und bei der es um Ziele geht, die von den Parteien größtenteils noch nicht mal aufgeschrieben, geschweige denn verkündet worden sind.

Welchen Parteien sich die Mehrheit der noch unschlüssigen DDR-Bürger zuwenden wird, ist völlig offen. Überdies mag mancher, der jetzt eine Partei nannte, sie noch gegen eine andere auswechseln.

Und ungewiß ist auch, in welchem Maße populäre Politiker die Entscheidung der Wähler beeinflussen. In dieser Hinsicht ist die Situation der neuen Parteien weit schlechter, als es die am vorletzten Sonntag vom ZDF veröffentlichten Durchschnitts-Sympathiewerte vermuten lassen.

Für Ibrahim Böhme zum Beispiel, den Geschäftsführer der SDP (Sozialdemokraten), meldete das ZDF einen Durchschnittswert von +0.9 Punkten. Aber dieser Wert für Böhme beruht auf den Angaben weniger Befragter: 12 (in Worten: zwölf) Prozent gaben ihm einen Wert von +1 bis +5, weitere 5 (in Wor-

ten: fünf) Prozent einen Wert von -1 bis -5 Punkten.

Von viel größerem politischen Gewicht als diese Mini-Zahlen ist die massive Mehrheit von 76 Prozent, die diesen Spitzenpolitiker der nach der Zahl ihrer Anhänger größten Oppositionspartei nicht kennt.

Der SPIEGEL hat deshalb in dem ersten Bericht über die DDR-Umfrage auf Durchschnittswerte verzichtet und nur die Zahl der Befragten veröffentlicht, die sich über den jeweiligen Politiker positiv oder negativ äußerten oder die ihn nicht kannten. Durchschnittswerte lassen sich nur bei Politikern vergleichen, die eindeutigen Mehrheiten bekannt sind (siehe Grafik „Bärbel Bohley bei SED-Anhängern im Minus“ Seite 72).

Zahlen, wie sie das ZDF veröffentlichte, verbergen ein Problem, das vermutlich demnächst die Diskussion in der DDR in hohem Maße bestimmen wird: Wie es zu erreichen ist, daß die neuen Parteien mit annähernd gleichen Startchancen in den Wahlkampf gehen wie die Uralt-SED und deren langjährige Satelliten wie CDU und LDPD.

Die SED wird zu allem, was sie bislang schon aufgab, auch noch auf ihre Vormacht in den Medien verzichten müssen, über die sie insbesondere durch ihre auflagenstarken Zeitungen verfügt.

Zwischen den SED-Mitgliedern und den anderen DDR-Bürgern gibt es in einigen Kernfragen starke Gegensätze.

Sogar darüber, wie frei denn die Wahlen sein sollen, gehen in einem wesentlichen Punkt die Ansichten auseinander. Die Mehrheit der Genossen (73 Prozent) möchte nur Parteien zulassen, die sich zum Sozialismus bekennen, die Mehrheit der Parteilosen (60 Prozent) sprach sich dafür aus, daß auch andere Parteien kandidieren dürfen.

Mit ihrem Entschluß, die jahrzehntelange von der SED kommandierten, 400 000 Mann starken „Betriebskampfgruppen“ bis Mitte 1990 aufzulösen und deren Gewehre, Panzerfäuste und Maschinenpistolen einzusammeln, kamen die Genossen um Modrow einer Auseinandersetzung zuvor, die ihre Partei noch stärker in die Isolierung gebracht hätte. Die meisten SED-Mitglieder (53 Prozent) wollten diesen Milizen „neue Aufgaben zuweisen“, während die meisten DDR-Bürger ohne Parteibuch (70 Prozent) deren Abschaffung verlangten.

Darüber, mit welchen Maßnahmen die sieche DDR-Wirtschaft wiederbelebt werden kann, stimmen die Mitglieder und Anhänger der SED mit ihren Landsleuten ziemlich überein.

Große Mehrheiten sprachen sich für die „Durchsetzung des Leistungsprinzips“ aus. Auch darüber, daß die Subventionen gekürzt und deutsch-deutsche Firmen gegründet werden sollen, besteht Übereinstimmung. Mit einem Wechselkurs der Mark (DDR) gegen die Deutsche Mark (Bundesrepublik) von 4



WECHSELKURS 4:1 GEWÜNSCHT

Die Interviewer lasen den Befragten sieben „politische Vorschläge und Forderungen vor, die derzeit in der DDR diskutiert werden“. Vier Antworten

standen zur Wahl: „Stimme stark zu“, „Stimme eher zu“, „Lehne eher ab“ und „Lehne stark ab“. Das Ergebnis (in Prozent):

	„Stimme stark zu“	„Stimme eher zu“	„Lehne eher ab“	„Lehne stark ab“
Durchsetzung des Leistungsprinzips	79	19	1	0
Kürzung der Subventionen	28	45	18	7
Währungsreform	11	15	26	47
Wechselkurs von etwa 4:1	20	42	19	17
Überführung von volkseigenen Betrieben in genossenschaftliches Eigentum der Belegschaft	20	39	27	11
Privatisierung von volkseigenen Betrieben	13	26	29	30
Gründung gemeinsamer Firmen aus der DDR und der BRD (sogenannte Joint-ventures)	42	45	8	3

zu 1 wäre eine Zweidrittelmehrheit der DDR-Bürger einverstanden, unabhängig von ihrer politischen Einstellung.

Nur darüber, ob es wie bisher bei volkseigenen Betrieben bleiben soll, gehen die Ansichten auseinander. Die meisten parteilosen DDR-Bürger sind dafür, daß sie zum Teil in das genossenschaftliche Eigentum der Belegschaft überführt oder sogar privatisiert werden, die meisten Mitglieder und Anhänger der SED sind dagegen.

Die erste SPIEGEL-Umfrage in der DDR offenbarte, wie bewußt sich die Bevölkerung der Misere im allgemeinen und vieler neuralgischer Punkte im besonderen ist, mag auch zuweilen die subjektive Meinung nicht ganz die Fakten widerspiegeln.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage zum Beispiel dürfte in der Sowjetunion weit schwieriger sein als in der DDR. Trotzdem nennt in der DDR eine noch größere Mehrheit als in der Sowjetunion

die Lage „schlecht“ oder „sehr schlecht“ (82 gegenüber 61 Prozent).

Mit ihren Wohnungen sind die DDR-Bürger in beinahe so großer Zahl zufrieden wie die Bundesbürger (63 gegenüber 79 Prozent). Da mögen unterschiedliche Ansprüche zu annähernd gleichen Mehrheiten führen.

Aber die Unzufriedenheit darüber, wie sie hausen müssen, ist in der DDR unter den Jüngeren zwischen 18 und 30 Jahren alarmierend hoch: 40 Prozent dieser Altersgruppe äußern sich negativ über ihre Wohnsituation.

Mit ihrem Berufsleben sind 60 Prozent der hiesigen Arbeitnehmer, aber nur 34 Prozent der dortigen Werktätigen zufrieden („teils, teils“: hier 32, dort 51 Prozent, „nicht zufrieden“: hier 4, dort 14 Prozent).

Groß ist auch der deutsch-deutsche Kontrast, wenn danach gefragt wird, ob das eigene Einkommen der Leistung entspricht. In der Bundesrepublik

herrscht eine positive, in der DDR eine negative Meinung vor („angemessen“: hier 47, dort 24 Prozent, „teils, teils“: hier 33, dort 38 Prozent, „nicht angemessen“: hier 15, dort 38 Prozent).

Insbesondere relativ viele Arbeiter und Führungskräfte (DDR-Terminus: „Leiter“) sind mit ihren Einkünften unzufrieden. Offenbar sind sie die Gleichmacherei satt, die jahrzehntelang jedwede Initiative dämpfte und bescheidenen Wohlstand verhinderte.

Mehrere Fragen waren den Übersiedlern gewidmet, deren Zahl sich trotz siegreicher Revolution und demokratischem Neubeginn noch immer tagtäglich um 1000 bis 2000 erhöht.

Wie wenig auch die neue DDR ihrer Bürger sicher sein kann, zeigten die Antworten auf die direkte Frage: „Wie stehen Sie selbst zu diesem Problem?“ Zwar erklärten 79 Prozent, daß sie „bestimmt hier bleiben“. Aber jeder fünfte (repräsentativ für 2,5 Millionen) gab eine andere Antwort: 15 Prozent halten es nur für „wahrscheinlich“, daß sie bleiben, 5 Prozent „wissen es noch nicht“, und 1 Prozent sitzt auf den Koffern: „Wir wollen weg.“

Darüber, wie sich die Zahl der Übersiedler entwickeln wird, sind die Meinungen geteilt. 54 Prozent nehmen an, daß sie sinken wird, 38 Prozent rechnen (derzeit realistisch) mit etwa gleichbleibenden Zahlen, 7 Prozent sogar mit einem Ansteigen.

Zweimal fragte das Akademie-Institut, was man davon halte, daß DDR-Bürger in die BRD überwechseln. Erst ging es um diejenigen, die früher in den Westen gegangen sind, dann um die anderen, die ihnen „jetzt noch“ folgen.

Die Ergebnisse unterscheiden sich wie Nacht und Tag. „Voll verstehen“ können den früheren Wechsel 34, den heutigen nur 6 Prozent. „Nicht verstehen“ können den früheren 12, den heutigen 51 Prozent.

In diesen Zahlen tritt ein Selbstbewußtsein vieler DDR-Bürger zutage. Es erwächst, wie es scheint, aus dem Stolz auf die vom Volk selbst erzwungene Wende, aus der Hoffnung auf einen erfolgreichen Neubeginn und aus der Gewißheit, befreit von jahrzehntelangen Zwängen, zu ähnlicher Leistung fähig zu sein wie die Landsleute im Westen.

Und es gibt eine Haltung der Abwehr dagegen, daß mit den korrupten Politbürokraten und den verhaßten Stasi-Spitzen das ganze Land abgeschrieben, daß mit der maroden Wirtschaft auch die eigene Arbeit geringgeschätzt wird.

Beim Vergleich der Bundesrepublik mit der DDR zweifelt drüben kaum jemand daran, daß hinsichtlich des Lebensstandards, der Industrie, der Wissenschaft und der Technik wie auch im Umweltschutz West-Deutschland überlegen ist. Aber mit nahezu ebenso gro-

Ber Mehrheit wird Ost-Deutschland beispielsweise hinsichtlich der sozialen Sicherung, der Gleichberechtigung der Frau und der Versorgung mit Kindergärten und -horten für überlegen erklärt.

Und wer sich für das Leistungsprinzip ausspricht, dürfte davon überzeugt sein, daß er ein zügigeres Arbeitstempo mithalten kann, als es bislang in der DDR weithin typisch war.

Dieses Selbstbewußtsein ist von Belang, wenn die schwierige und immer umstrittenere Frage gestellt wird, wie es mit den beiden deutschen Staaten weitergehen soll.

Die Umfrage war schon beendet, bevor bei Demonstrationen in Leipzig und andernorts Einheit und Wiedervereinigung zu beherrschenden Themen wurden. Die Umfrage ist deshalb als Momentaufnahme des Meinungsbildes in der ersten Dezemberhälfte zu werten, und weitere Umfragen werden zeigen, wie sich die Ansichten entwickelt haben.

Die Volksmeinung in der DDR schien zur Zeit der Umfrage eindeutig zu sein: Nur 27 Prozent wollten, daß „die DDR mit der BRD einen gemeinsamen Staat bilden soll“. 71 Prozent sprachen sich dafür aus, „daß die DDR wie bisher ein souveräner Staat bleiben soll“.

Entsprechende Mehrheiten gab es bei DDR-Bürgern aller politischen Richtungen, wenn sie auch verschieden groß waren. Bei SED-Anhängern betrug sie 93, bei Anhängern der früheren Blockparteien 53, bei Anhängern der neuen Oppositionsparteien 56 Prozent.

Aber die Antworten auf zwei andere Fragen zeigten, daß die DDR-Bürger nicht so schwarz-weiß dachten, wie es diese Zahlen vermuten lassen.

Die zweite Frage war: „Von welchem Wirtschaftssystem erwarten Sie eine

grundlegende Verbesserung für die Zukunft?“

Insgesamt waren die Meinungen etwa so verteilt wie bei der ersten Frage. 60 Prozent befürworteten „ein gründlich reformiertes sozialistisches Wirtschaftssystem“, 37 Prozent ein „Wirtschaftssystem ähnlich wie in der BRD“.

Aber die Mehrheit setzte sich anders zusammen als bei den Antworten auf die erste Frage. Die SED-Wähler bejahten mit großer Mehrheit (94 Prozent) ein sozialistisches System, die meisten Wähler der anderen Parteien (59 Prozent) ein westliches.

Deren Wünschen würde es entsprechen, den eigenen Staat zu behalten und ihn mit vollen Segeln auf Westkurs zu bringen.

Eine dritte Frage machte vollends klar, daß die Fronten – hier eine Mehrheit für zwei Staaten, dort eine Minderheit für einen Staat – nicht festgefügt waren.

Eigentlich war nicht nach dem eigenen Wunsch gefragt, sondern um eine Prognose gebeten worden: „Wie wird die Zukunft der DDR und der BRD in zehn Jahren aussehen?“

Aber die Erfahrung westlicher Demoskopen besagt, daß von vielen Befragten zwischen Wunsch und Prognose kaum unterschieden wird.

Und nun bezeichneten zwar 20 Prozent einen gemeinsamen Staat und 22 Prozent zwei souveräne Staaten als ihr Zukunftsbild, aber 44 Prozent antworteten: „eine Konföderation, einen Staatenbund der DDR und der BRD“.

Viele, die sich für eine souveräne DDR aussprachen, wünschten offenbar zugleich, daß sie sich aus eigenem Entschluß der BRD so weit annähert, daß es zu einem Bund kommt.

// **tiptel.**

**Fast so gut wie
James -
der Butler. //**



Haben Sie sich nicht schon immer eine Spitzenkraft gewünscht, die zuverlässig mehr leistet als das übliche? Und das zu einem überraschend günstigen Preis? tiptel, dieser kleine, kompakte Anrufbeantworter, setzt da ganz neue Maßstäbe.

Mit tiptel kann man preiswert einsteigen und den Spitzen-Komfort einer Fernabfrage bei Bedarf einfach selbst nachrüsten. Und tiptel sagt Ihnen bei der Fernabfrage per eingebauter Sprache die Anzahl der aufgezeichneten Gespräche und die Abhördauer. Dazu auch noch gleich Datum und Uhrzeit zu jedem Gespräch.

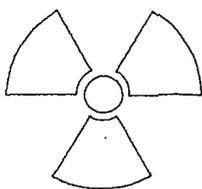
Als Mädchen für alles stellt er für Sie auch die Heizung an, hört nach, ob Ihr Baby noch schläft und vieles mehr. Dazu kommt tiptel aus gutem Hause und ist Qualität made in Germany mit 12 Monaten Garantie. Bewerbungsgespräche mit tiptel vermitteln Ihnen führende Fachgeschäfte oder Tiptel Electronic GmbH, Halskestraße 14, D-4030 Ratingen, Telefon 0 21 02 / 4 50 10.

(A) 02 22 / 8 94 27 74 (B) 011 / 52 36 47 (CH) 01 / 7 32 15 11
(E) 03 / 2 32 91 67 (NL) 0 30 / 43 44 84

tiptel®

Der Anrufbeantworter

DER SPIEGEL 52/1989 75



**KERNKRAFT?
JA, BITTE**

Zur Atomkraft haben die Deutschen in der DDR eine andere Einstellung als die Bundesbürger, die seit Tschernobyl mit großer Mehrheit den schnellen oder allmählichen Verzicht auf Kernenergie bejahen. Das Ergebnis der DDR, zum Vergleich die Ergebnisse zweier SPIEGEL-Umfragen in Moskau und in der Bundesrepublik.

Das Ergebnis :	 DDR	 Moskau	 Bundesrepublik
„Mehr Atomkraftwerke bauen“	18	24	3
„Bestehende in Betrieb lassen, keine neuen errichten“	63	30	32
„Atomkraftwerke stilllegen“	18	34	65